



Aktuelle Debatte

Fraktion DIE LINKE

Streik im öffentlichen Dienst - Der Zwang zum Arbeitskampf ist ein Armutszeugnis!

Es wird beantragt, zur 53. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 14./15./16.10.2020 eine Aktuelle Debatte zum o. g. Thema durchzuführen.

Begründung

Beschäftigte im öffentlichen Dienst leisten mit ihrer Arbeit täglich einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität, zu Chancengleichheit, Bildung, Mobilität und Entwicklung in unserer Gesellschaft.

Während der Corona-Pandemie haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit ihrem Einsatz insbesondere in der Pflege, in den Krankenhäusern, in den Kitas, in den Gesundheitsämtern, im Nahverkehr, in der Müllentsorgung, in der Energie- und Wasserversorgung und in vielen anderen Bereichen der kommunalen Verwaltung dafür gesorgt, dass zentrale Bereiche des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens weiter funktionierten und auf hohem Niveau gesichert werden konnten.

Zu Recht wurden die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für ihre Leistungen während der Pandemie in unzähligen Statements und medialen Botschaften gewürdigt, sie wurden beklatscht und ihre Arbeit wurde als systemrelevant anerkannt.

Doch Anerkennung und Wertschätzung spiegeln sich jetzt in der Tarifrunde im Angebot der Arbeitgeber nicht wider. Im Gegenteil, die Arbeitgeber haben durch ihre Verweigerungshaltung klar gemacht, dass diejenigen für die Folgen der Krise zahlen sollen, die die Gesellschaft mit ihrem Einsatz in besonderer Weise durch diese hindurchbegleitet haben. Dies ist ein Armutszeugnis und lässt die öffentliche Würdigung als Hohn erscheinen. So wurde ein vermeidbarer Arbeitskampf provoziert.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 08.10.2020)